

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger
und für Anzeiger die Poststellen
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Zerspruch-Anschluß Nr. 53.

Verleger: Die Auer-Verlags-
Anstalt für das Erzgebirge
in Auer, am Markt 10.
Telefon 101. — Druck: Die
Auer-Verlags-Anstalt, Auer,
am Markt 10.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 18

Sonnabend, den 22. Januar 1927

22. Jahrgang

Ein Brief des Reichspräsidenten an Marx.

Der Reichspräsident richtete folgenden Brief an Dr. Marx:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die außen- und innerpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einfluß der Linken ist zurzeit wenigstens nicht möglich. Der Versuch zur Schaffung einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist gescheitert.

Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstages mit tunlichster Beschleunigung zu übernehmen.

Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages, persönliche Bedenken und Verschiedenheiten der Anschauungen im Interesse des Vaterlandes beiseite zu stellen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer Führung zusammenzuschließen und sich hinter einer Regierung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht gegen einzelne Parteien, sondern getreu der Verfassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.

Diese neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher Weise wie andere Staatsnotwendigkeiten

die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren

in dem Bestreben, dem Deutschen Volke in all seinen Schicksalen zu dienen, die vor uns stehenden wichtigen politischen und wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung bin ich Ihr ergebener

gez. v. Hindenburg.

Was sagt die Presse?

Berlin, 20. Jan. Die „Germania“, die bekanntlich oft die Auffassungen des linken Flügels des Zentrums wiedergibt, schreibt in ihrer Morgenausgabe ohne Bezugnahme auf den heute abend gefassten Beschluß des Reichstages der Zentrumsfraktion in einer Besprechung des Hindenburg-Briefes: An Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung gemessen, stellt dieser Brief, gelinde gesagt, ein singuläres Dokument dar. In die Terminologie des Zentrums, dessen Wählerhaft zu einem sehr starken Bruchteil sich aus christlichen Arbeitern zusammensetzt, paßt der Ausdruck „bürgerliche Parteien“ schlecht hinein. Der Brief ist nicht lediglich ein Auftrag zur Kabinettsbildung, wie ihn die Reichsverfassung vorseht, er ist ein ausgesprochen politischer Akt. Er zwingt die Zentrumsfraktion gegenüber der in dem Briefe enthaltenen politischen Stellungnahme, ihrerseits ein politisches Bekenntnis abzulegen. Ohne eine vorherige gewissenhafte und gründliche Feststellung der sachlichen Ziele der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf den Gebieten der Außen-, Sozial- und Verfassungspolitik, die ein positives oder ein negatives Resultat zeitigen mag, kann es für das Zentrum überhaupt nicht in Frage kommen, einen weiteren Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten.

Wie in den anderen Blättern zum Ausdruck kommt, weist der Brief des Reichspräsidenten an Dr. Marx den Weg zu Verhandlungen

des Zentrums mit den Deutschnationalen, denen sich das Zentrum, wie die Blätter aus dem Bericht der Zentrumsfraktion entnehmen, nicht entgegen wird. Die „Kreuzzeitung“ drückt die Hoffnung aus, daß der Ausbruch nicht ungehindert verlaufe. Die „Deutsche Tageszeitung“ zweifelt nicht daran, daß es tatsächlich gelingen wird, die Koalition zu bilden, die der Reichspräsident in seinem Briefe von dem Kanzler und von den Parteien wünscht. Die Kanzlerschaft Dr. Marx bedeute für die Deutschnationalen ein Moment, das sie zur sorgfältigen Prüfung aller Uebereinkünfte zwischen den Parteien zwingt. Soll wirklich ein ehrliches Zusammenarbeiten der bürgerlichen Kreise stattfinden, dann müßten, so schreibt das Blatt, auch für die Rechte Sicherheiten geboten sein, daß nicht persönliche Neigungen und Stimmungen eine solche Zusammenarbeit gefährden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ glaubt, daß sich das Zentrum dem dringlichen Appell des Reichspräsidenten nicht verweigern werde, und daß ferner auch die Deutschnationalen das Wort Hindenburgs nicht weikern lassen werden.

In den Verhandlungen, die Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius angebahnt hat, sind die Deutschnationalen so weit entgegengekommen, daß eine gemeinschaftliche Verhandlungsgrundlage schon so gut wie geschaffen war. Wenn diese Haltung auch in den Verhandlungen mit dem Zentrum gewahrt wird, so wird man sich von dem Versuch einen Erfolg versprechen können. Das „Berliner Tageblatt“ betont, daß nach Ansicht aller führenden Persönlichkeiten der Demokratischen Partei irgend eine Beteiligung an dem Bürgerblock weder in offener noch in verdeckter Form in Frage komme. Der „Vorwärts“ schreibt: Der Reichspräsident hat Marx aufgefordert, eine Regierung zu bilden, die ihrer Natur nach eine Kampfregierung gegen die arbeitenden republikanisch gestimmten Volksmassen werden muß. Das Zentrum berät, aber ist die Antwort nicht auch eine eigene persönliche Angelegenheit für Marx?

Wird Marx nochmals verhandeln?

Berlin, 20. Jan. Die Frage, ob Reichskanzler Dr. Marx den Auftrag des Reichspräsidenten annehmen wird, ist zurzeit noch nicht geklärt. Der Brief des Reichspräsidenten wird, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erzählt, in Zentrumskreisen als ein staatsrechtliches und politisches Novum betrachtet. Ueber seine Bedeutung entspann sich deshalb eine lebhafteste Debatte. Im allgemeinen kam jedoch, wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. aus parlamentarischen Kreisen weiter hört, die Auffassung zum Ausdruck, daß sich eine große Partei einem solchen Appell des Staatsoberhauptes nicht ohne weiteres entziehen kann. Die Zentrumsfraktion unterbrach um 8 Uhr ihre Sitzung auf eine halbe Stunde, um dem Fraktionsvorstand Gelegenheit zu geben, ein Mindestprogramm des Zentrums für seine Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung aufzustellen. An Hand dieses Programms wird die Fraktion dann weiterberaten, ob sie sich überhaupt auf Verhandlungen über ein solches Kabinett einlassen kann.

Wie aus der angeführten Meinung des „Berliner Tageblattes“ hervorgeht, wollen die Demokraten dem Bürgerblock fernbleiben. Auch das Nachrichtenbüro des V.D.Z. hört, daß man in den Kreisen der demokratischen Reichstagsfraktion der Auffassung ist, Dr. Marx habe die Möglichkeiten, eine Regierung der Mitte herbeizuführen, nicht erschöpft, und daß er seine Bemühungen vorzeitig abgebrochen habe. Schuld daran sei der letzte Beschluß der Deutschen Volkspartei, der sich für eine Rechtsregierung aussprach. Dr. Marx habe mit den anderen Parteien der Mitte weder über ein Regierungsprogramm noch über Personenfragen verhandelt. Aus Kreisen der demokratischen Reichstagsfraktion hört das Nachrichtenbüro des V.D.Z. weiter, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß die demokratische Partei der geplanten bürgerlichen Mehrheitsregierung nicht beitreten werde. Es handle sich hier um eine Regierung, die nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet sei. Wenn die demokratische Partei sich beteiligen sollte, so müsse sie von den Deutschnationalen namentlich Garantien auf dem Gebiete der Außenpolitik fordern und gegenüber den Neuerungen im monarchistischem Sinne, die von deutschnationalen Führern ständig getan werden. Es bestehe also kein Zweifel, daß die demokratische Fraktion sich an der neuen Regierung nicht beteiligen werde, sondern ihr gegenüber in Opposition treten werde. Bezüglich der Stellung der bisherigen demokratischen Minister wurde von demokratischer Seite erklärt, daß man sich auf Halbtönen nicht einlassen könne. Gegenüber verschiedenen Gerüchten könne festgestellt werden, daß nicht der geringste Anlaß vorliege, zu glauben, daß der Finanzminister Dr. Reissold seine Parteidisziplin aben werde. Bezüglich Dr. Gehlers werde die Partei keinen Zweifel daran lassen, daß er in keiner Weise ihr Vertrauensmann sei, und daß die politischen Beziehungen zwischen Dr. Gehler und der Partei nicht aufrecht erhalten bleiben können, wenn er in diese Regierung eintreten sollte.

Wieder ein deutscher Wahlerfolg in Rattowitz.

Nach einer Blättermeldung aus Rattowitz entfielen bei den Wahlen zur Krankenkasse auf alle polnischen Listen zusammen 15 Mandate, während die deutschen Gewerkschaften mit ihren beiden Listen 19 Mandate errangen. Auffallend war die schwache Beteiligung an der Wahl, denn von etwa 17 000 Wahlberechtigten haben nur etwa 3700 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Briands Sieg.

Poincaré will abtreten?

Paris, 20. Januar. Aus allen Pressekommentaren ergibt sich heute der bestimteste Eindruck, daß die gestrige Rede Briands vor der Kammerkommission für Auswärtige Angelegenheiten ein voller Erfolg für den Außenminister persönlich und für die von ihm vertretene Friedenspolitik war. Sowohl durch seine sachlichen Argumente als auch durch seine taktischen Einwürfe hat Briand die Rechtsopposition vollkommen mundtot gemacht.

Der „Courant“ meldet aus Paris, daß sich der Niz im Kabinett Poincaré schnell weite. In der Rheinlanddrückung und Kriegsschuldenfrage sei seine Ueberbrückung der Gegensätze mehr möglich. Gestern sprach man in der Kammer von der neuen Möglichkeit, daß Poincaré dem Präsidenten der Republik die Demission des gesamten Kabinetts vorschlagen werde. (Letztere Meldung bedarf sehr vorsichtiger Aufnahme! D. Reb.)

Die deutsch-französischen Entwaffnungsverhandlungen.

Paris, 20. Jan. Ueber die deutsch-französischen Entwaffnungsverhandlungen veröffentlicht Havas folgende Mitteilung: Die Verhandlungen wegen der Befestigungen an der deutschen Ostgrenze wurden heute fortgesetzt. Besprechungen haben stattgefunden zwischen gewissen alliierten Sachverständigen und den beiden deutschen Delegierten.

Mordan über das wahre Gesicht des neuen Deutschland.

Paris, 20. Jan. Im „Petit Journal“ beginnt heute Jacques Mordan mit der Veröffentlichung einer Artikelserie, die dazu dienen soll, das wahre Gesicht des neuen Deutschlands zu zeigen. Der Verfasser, der sich längere Zeit in Deutschland aufgehalten hat, beginnt damit, daß er feststellt, mit welchen Sequencken man in Deutschland reisen könne, wenn auch das Reisen in Deutschland im Vergleich zu Frankreich erheblich teurer sei. Mordan spricht weiter von der überall zu erkennenden Risikolose.

Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften.

Gegen den von der Reichsbahn geplanten Abbau von Eisenbahnarbeitern, der durch Modernisierung und Zusammenlegung von Eisenbahnwerkstätten ermöglicht werden soll, haben die Gewerkschaften bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn Einspruch erhoben, und zwar unter der Begründung, daß gegenwärtig in den Werkstätten eine neunständige Arbeitszeit bestehe. Bei achtstündiger Arbeitszeit könnte ein Teil der für die Entlassung vorgesehenen weiter beschäftigt werden. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, hat die Reichsbahn die Gewerkschaften zu Besprechungen über diese Frage geladen. Es soll sich um eine Entlassung von 5400 Arbeitern handeln.

Einrichtung einer Reichswasserstraßen-Direktion.

Duisburg, 20. Jan. Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort, die auf ihren Antrag, als Sitz der Reichswasserstraßen-Direktion nicht, wie vorgesehen, Mainz, sondern Koblenz zu bestimmen, vom Reichswasserstraßenministerium schon den Bescheid erhalten hatte, daß die für Koblenz sprechenden Gesichtspunkte im Auge behalten werden würden, hat nunmehr auch vom Preussischen Landwirtschaftsministerium einen Bescheid erhalten. Auch dieses hält, wie die Kammer mittels der Verwaltung der Rheinstromverwaltung nach Mainz für unangebracht und spricht sich im übrigen gegen die Neuorganisation der Reichswasserstraßenverwaltung aus. Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer bringt zu diesem Bescheid zum Ausdruck, daß sie die Stellungnahme betreffend die Ablehnung des Mainzer Projektes begrüßt, daß sie aber entgegen dem Bescheid auch weiterhin für die geplante Durchführung einer selbständigen Wasserstraßenverwaltung eintritt.

Ein Obert-Büchse für die Nationalgalerie.

Breslau, 20. Januar. Die Pressestelle des Oberpräsidenten teilt mit: Der von Professor Bednarek von der Kunstakademie Breslau modellierte Kopf des früheren Reichspräsidenten Ebert ist vom Oberpräsidenten im Auftrage des preussischen Kultusministers für die Nationalgalerie angekauft worden. Der Kopf bleibt als Reliquie im Oberpräsidium Breslau.

...scherei
rei
...anow
...Wick
...ausgeschlo
...Wagebr
...381.
...of Aue
...hr ab
...Fleisch.
...bratfertig
...wird alles
...abgegeben)
...Auer.
...ft ist der
...rom
...Gebiete
...Erst
...stems,
...es, ber
...ungen
...s. ulw.
...e
...Strömen
...de, On-
...gere nur
...gen.
...Brungs-
...om
...u,
...Neuralgie
...Gicht!
...he Mittel
...gebolten
...ber,
...!
...Sie
...ua-
...1
...45
...95
...33
...28
...65
...95
...—
...42
...52
...58
...95
...95
...5
...8
...95
...95
...5